



links

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

145 • CH Mai 2014 AZB 3001 Bern

**JETZT ANMELDEN
FÜR DEN PARTEITAG
VOM 28. JUNI
IN WINTERTHUR**
Seite 15



Arbeit muss sich lohnen!

In der Schweiz können über 330 000 Angestellte trotz Vollzeitjob kaum von ihrem Lohn leben. So auch die Verkäuferin Emilie, mit der «links» gesprochen hat. Ein Mindestlohn würde ihr Sicherheit und ein Stück Freiheit bringen.

Seiten 2 und 3

AKTUELL



Die **Wiedergutmachungs-Initiative** will die Grundlage für eine finanzielle Entschädigung von Verdingkindern und Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen schaffen.

Seiten 6 und 7

PARTEI



Die **Sommeruni der SP Schweiz** verspricht nützliche Workshops, Diskussionen mit Promis aus der Partei, Wanderungen und abendliches Networking an der Bar.

Seite 13

PERSONEN



Im Leben von **Anita Balz**, der neuen Zentralsekretärin der SP Frauen Schweiz, gleicht kein Tag dem anderen. Das kommt auch davon, dass sie zwei kleine Kinder hat.

Seite 18

«Ferien habe ich seit zehn Jahren

Wie ist es, wenn man mit weniger als 4000 Franken pro Monat über die Runden kommen muss?

«links» hat nachgefragt. Andrea Bauer

Emilie will nicht, dass man sie erkennt. Wir dürfen darum nicht sagen, wie sie richtig heisst und wo sie arbeitet. Für das Bild, auf dem man ihr Gesicht nicht sehen darf, stellt sie ihre Handtasche auf die Seite und zieht ihren Schmuck aus. Und auch die Schuhe darf man nicht sehen. Emilie hat Angst, ihre Vorgesetzten könnten sie erkennen. Sie haben ihr verboten, über ihren Lohn zu sprechen. «Ich habe sie schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass in den Geschäften rundherum die Löhne erhöht werden, nur bei uns nicht.» Was sie zu hören bekommt, sind Ausreden: Die in den Medien kolportierten Löhne stimmen nicht oder die Läden würden dafür Personal abbauen. Nach mehrmaligem Nachfragen hat man ihr schliesslich verboten, weiter über das Thema zu sprechen. «Tieflöhne werden einfach totgeschwiegen – Hauptsache, gegen aussen sieht alles gut aus», sagt sie.

«Und dafür gehst du arbeiten?!»

Emilie ist 34 Jahre alt. Sie hat eine Lehre als Detailhandels-Fachfrau gemacht und sich danach noch zur Lehrmeisterin ausbilden lassen. Ihre jetzige Stelle als Verkäuferin in der Filiale einer grossen Ladenkette hat sie seit fünf Jahren. Während 42,5 Stunden pro Woche verkauft sie «alles, was es gibt», wie sie sagt. Ihr Lohn: 3800 Franken brutto, 3300 Franken netto. Emilie arbeitet gerne in dem Geschäft, sie mag den Kontakt mit den Kundinnen und Kunden. Diese wissen meist nicht, wie viel sie verdient.

«Sie wissen, dass es wenig ist, aber wie tief die Löhne wirklich sind, wissen sie nicht», sagt sie. Auch ihren Bruder musste sie vor kurzem aufklären. Er war anfänglich gegen die Mindestlohn-Initiative. Mit einem Mindestlohn von 4000 Franken würde niemand mehr eine Lehre machen, war sein Argument. Und Emilie verdiene ja mit ihren Ausbildungen bestimmt weit mehr als die 4000 Franken, meinte er. Als diese ihm sagte, wie viel sie tatsächlich verdient,

«Ich möchte nicht zum Sozialamt gehen müssen, sondern auf eigenen Beinen stehen.»

blieb ihm der Mund offen stehen: «Und dafür gehst du arbeiten?!»

Leben mit 100 Franken pro Woche

Fast die Hälfte von Emilies Lohn geht allein für die Miete drauf. Ihr Partner, mit dem sie in einer 3-Zimmer-Wohnung wohnt, verdient noch weniger als sie, weshalb sie die ganzen 1550 Franken übernimmt. Und dann legt sie auch noch etwas fürs Alter beiseite. Das ist ihr wichtig: «Es gibt viele Rentnerinnen und Rentner, die mit ihrer AHV nicht durchkommen, und ich möchte nicht zum Sozialamt gehen müssen. Ich möchte auf eigenen Beinen stehen.» Wenn sie alle Zahlungen gemacht hat, bleiben ihr noch 400 Franken für den ganzen Monat. «Das sind gerade mal 100 Franken pro Woche für Essen, Duschmittel, Shampoo,



Oft können schon 200 Franken darüber entscheiden, ob

DIE MINDESTLOHN-INITIATIVE

Darum geht es:

Die Mindestlohn-Initiative verlangt, dass der Bund und die Kantone die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen fördern müssen. Als unterste Absicherung für alle Arbeitnehmenden soll ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde gelten. Dies entspricht derzeit bei 12 Monatslöhnen rund 4000 Franken im Monat. Erwerbstätige mit besonderen Vertragsformen wie Lehrlinge oder Personen in anderen Ausbildungen (PraktikantInnen) sind ausgenommen.

Die SP sagt Ja, weil ...

- Mindestlöhne dafür sorgen, dass Arbeitnehmende, die zu hundert Prozent arbeiten, auch anständig von ihrem Lohn leben können.
- ein Mindestlohn Schweizer Löhne vor Lohndumping und Unternehmen, die faire Löhne zahlen, vor Billigkonkurrenz schützt.
- der Mindestlohn ein effizientes Instrument gegen die Lohndiskriminierung ist: Rund 220 000 Frauen würden bei einer Einführung eine längst überfällige Lohnerhöhung erhalten.

Ausgang, alles, was ich brauche», rechnet Emilie vor. Da bleibt nicht viel Spielraum. Luxus ist für sie denn auch, wenn sie mal etwas gespart hat. Oder wenn sie mal ins Kino geht.

Manchmal kauft sie im Geschäft ein, in dem sie arbeitet. Sie hat eine Personalkarte, mit der sie einige Prozent Vergünstigung erhält. «Aber Deutschland ist immer noch günstiger», sagt sie und lacht. «Wenn die Dinge hier so teuer sind, geht man halt ins nahe Ausland zum Einkaufen.»

Bevor sie ihre jetzige Stelle antrat, war sie kurze Zeit arbeitslos. «Auf dem RAV haben sie mir gesagt, ich solle nicht für diesen Lohn ar-

nicht mehr gemacht»



du mit dem Konto noch im Plus bist oder schon im Minus.», sagt Emilie.

beiten gehen, sondern weitersuchen.» Emilie wollte aber nicht arbeitslos sein und nahm die Stelle an.

Nicht immer nur die Schaufenster anschauen
Was denkt Emilie über Leute wie Economie-suisse-Chef Karrer, der im «Blick» sagte, für Leute, die von ihrem Lohn nicht leben könnten, gebe es den Sozialstaat? Sie schüttelt den Kopf: «Der Sozialstaat ist für Menschen da, die ausgesteuert sind und gar nichts mehr haben. Nicht für solche, die 100 Prozent arbeiten.» Es stört sie, wenn reiche Leute alles dafür tun, um möglichst wenig Steuern zu zahlen. Wenn Emilie ihre Steuerraten bezahlt hat, muss sie

jeweils mit der Kreditkarte einkaufen gehen, weil sie kein Geld mehr auf dem Konto hat.

Ein Mindestlohn von 4000 Franken würde ihr vor allem mehr Sicherheit und Freiheit bringen: «Mit jedem zusätzlichen Verdienst bist du ein wenig freier. Oft können schon 200 Franken darüber entscheiden, ob du mit dem Konto noch im Plus bist oder schon im Minus.»

Und was würde Emilie sich leisten, wenn sie so richtig viel mehr Lohn hätte? «Ferien. Das habe ich seit zehn Jahren nicht mehr gemacht. Es liegt einfach nicht drin. Oder einfach mal wie eine ganz normale Frau shoppen gehen, und nicht immer nur die Schaufenster anschauen.»

STANDPUNKT



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin

Ennet dem Gotthard

Alle Ostern wieder zieht es Zehntausende Kurzurlauber aus der Deutschschweiz in die Sonnenstube der Schweiz – meine Familie eingeschlossen. Der Osterhase hat seinen Besuch auch dieses Jahr wieder im Vallemaggia angekündigt.

Die Invasion wird bereits vor dem Gotthard sichtbar. Unser Zug, vollgestopft mit Trampnern, Kinderwagen und Touristen, fährt an der Autolawine vorbei, die sich vor dem Tunnel staut. Endlich am Ziel, werden viele Familien von den Grosis und Opas in Empfang genommen, die sich seit ihrer Pensionierung im Süden installiert haben. Das Tessin, für viele die Traumdestination: wandern in urchigen Tälern, Risotto in traditionellen Grotti, baden in glasklaren Flüssen, Musik oder Film auf der Piazza Grande – es ist schön ennet dem Gotthard.

Doch längst nicht alles ist so sonnig und unbeschwert, wie es den Anschein macht. Die nette Bedienung in der Osteria kann nicht von ihrem Lohn leben, sie putzt noch alle Ferienwohnungen im Dorf und kommt auch so nicht auf 4000 Franken im Monat. Die Schuhverkäuferin in Locarno teilt das Schicksal mit ihrem Pendant in Bern: 3500 Franken bei 45 Stunden pro Woche. Eine Firma für luxuriöse Unterwäsche an der Grenze zu Italien wirbt mit «The world's finest underwear, handmade in Switzerland». In der Schweiz steuerlich begünstigt, beschäftigt sie fast ausnahmslos Italienerinnen und zahlt den Näherinnen einen Lohn von 2700 Franken. Das Spaghetti-Top im Rippenlook kostet übrigens 129 Franken.

Schulterzucken oder ein schlechtes Gewissen beim Caffè oder Wäschekauf sind nicht die Lösung – sondern ein überzeugtes Ja am 18. Mai zur Mindestlohninitiative. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken die Stunde stoppt Lohndumping, verhindert falsche Anreize und ermöglicht Angestellten im Gastgewerbe und Detailhandel ein würdiges Leben.

Am Gotthard dann das vertraute Bild. Auto an Auto steht vor dem Loch, der Kurzurlaub ist vorbei. In einem Jahr, wenn wir wieder zum Osterhasen ins Tessin fahren, werde ich ein Plädoyer gegen eine zweite Gotthardröhre halten, die dank dem Referendum von SP und befreundeten Organisationen voraussichtlich 2015 zur Abstimmung gelangen wird. Wegen der feiertagsbedingten Blechlawine braucht es keine Milliarden für eine zweite Röhre, sondern eine kluge Umlagerungspolitik.

Fauler Gripen-Zauber

Wie aus dem Ersatz für den in die Jahre gekommenen Tiger im Handumdrehen ein Ersatz für den frisch aufgerüsteten F/A-18 wird – und wie 15 Jahre einfach verschwinden.

«Die 54 F5 Tiger, die seit über 30 Jahren im Einsatz sind [...] müssen bald ausser Dienst gestellt werden. Bundesrat und Parlament haben deshalb beschlossen, sie durch 22 moderne Flugzeuge des Typs Gripen zu ersetzen», steht im Bundesbüchlein. Schwarz auf weiss. Ebenso explizit ist festgehalten, dass es bei der Vorlage nicht um einen Ersatz der 32 F/A-18 geht, weil diese «noch bis mindestens 2030 fliegen».

Die Mär vom Luftwaffen-Grounding

Am Gründonnerstag sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer in der Sendung «Forum» auf Radio SRF 1: «Wenn wir den Gripen nicht kaufen, haben wir ab 2025 schlicht keinen Flieger mehr.» Es war sein allererster Satz in dieser Radio-Debatte, als wollte er es auf gar keinen Fall verpassen, ihn zu sagen.

In der «Arena» gab Armeechef Blattmann seinem Chef – um im Jargon zu bleiben – Feuerschutz und erklärte die Diskrepanz: Kaufen wir den Gripen nicht, so die Argumentation, würden die F/A-18 stärker beansprucht und entsprechend schneller verschlissen – rund fünf Jahre, so die Rechnung des VBS. Deshalb 2025 statt 2030. Davon steht in den Erläuterungen des Bundesrats kein Wort.

Kurz zuvor müssen die Kampffjet-Fans gemerkt haben, dass ihre ursprüngliche Argumentation nicht verfängt, weil sie ihnen verunmöglicht, eine Sachvorlage zu einer Schicksalsfrage für die Luftwaffe aufzubauschen. Denn auch mit den F/A-18 hat die Schweiz eine gut ausgerüstete Kampffjetflotte, die – das wurde vom VBS wiederholt bestätigt – den Luftpolizeidienst problemlos gewährleistet.

Die Salami-Taktik der Befürworter

Um diesem Dilemma zu entfliehen, müssen die F/A-18 schlechtgeredet und ihre Ausmus-



2025, 2030, 2035 oder 2040? Was das voraussichtliche Lebensende unserer F/A-18-Jets angeht, ziehen die Gripen-Befürworter laufend neue Zahlen aus dem Hut.

terung Schritt für Schritt in möglichst nahe Zukunft verschoben werden. Entsprechend kam es vor rund zwei Wochen zum Umschwenken mit folgender Befehlsausgabe: «2025 haben wir keine Luftwaffe mehr». Mit der Zahlenschieberei begonnen hatten die Befürworter freilich schon früher: Als ins Abstimmungsbüchlein «2030» gedruckt wurde, war die erste dicke Scheibe längst abgeschnitten.

Noch im September 2012 hielt nämlich Armeechef Blattmann in der «Aargauer Zeitung» fest, dass die F/A-18 «bis 2035 oder vielleicht sogar bis 2040 im Einsatz stehen». Eine Rech-

nung, die durchaus plausibel ist. Das US-Militär rechnet beim F/A-18 je nach Version mit 8000 oder gar 10 000 Flugstunden. So gesehen fliegen unsere «Hornets» problemlos bis 2040 oder sogar darüber hinaus.

Plötzlich fehlen 15 Jahre

Fassen wir zusammen: 2040, 2035, 2030 und 2025 liegen auf dem Tisch. Stolze 15 Jahre werden scheinbar weggeschummelt. Sogar die Gripen-Befürworter haben mittlerweile ein «Gnusch»: In ihrer Abstimmungszeitung steht einmal 2030 und einmal 2025. Selbst wenn wir die Option 2040 als optimistischen Ausreisser streichen und das Mehrverschleiss-Argument gelten lassen, fehlen fünf Jahre.

Wer so argumentiert, handelt nicht nur unredlich, sondern verkauft die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für dumm. Ein guter Grund mehr, am 18. Mai Nein zu den Kampffjet-Milliarden zu sagen.

www.stop-gripen.ch



Stefan Krattiger
ist Kampagnenleiter
der SP Schweiz

BESCHAFFUNG DES «GRIPEN»

Darum geht es:

Im Herbst 2013 hat das Parlament mit dem Gripen-Fonds-Gesetz die Grundlage für den Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen des Typs Gripen E als Ersatz für die 54 F5 Tiger geschaffen. Das Bündnis «Nein zu den Kampffjetmilliarden» sowie ein liberales Bündnis haben dagegen erfolgreich das Referendum ergriffen, weshalb nun über die Beschaffung des Gripen abgestimmt wird.

Die SP sagt Nein, weil ...

■ der Gripen zu teuer ist: Anschaffung und Instandhaltung kosten die Steuerzahlenden über

10 Milliarden Franken, die anderswo fehlen – bei der Bildung, im Gesundheitswesen oder der öffentlichen Sicherheit.

■ der Gripen ein Papierflieger mit Risiko ist. Dutzende Komponenten müssen erst noch entwickelt werden, das erste Testflugzeug wird erst 2015 gefertigt. Trotzdem muss die Schweiz 40 Prozent des Kaufpreises bereits im Voraus bezahlen.

■ der Gripen unnötig ist. Der Schweizer Luftraum ist gemäss dem aktuellen Armeebereich mit den vorhandenen 32 F/A-18-Jets hervorragend geschützt.

JA

Medizinische Grundversorgung

Darum geht es:

Der drohende Mangel an Haus- und Kinderärztinnen und -ärzten gab den Anstoss für die Lancierung der Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Nachdem sich das Parlament für einen direkten Gegenentwurf ausgesprochen hatte, wurde die Initiative zurückgezogen. Am 18. Mai stimmen wir über den Verfassungsartikel «Medizinische Grundversorgung» ab. Anders als die ursprüngliche Initiative fokussiert dieser nicht ausschliesslich auf die Hausärztinnen und Hausärzte, sondern will die Grundversorgung umfassend stärken und in der Verfassung verankern.

Die SP sagt Ja, weil ...

- die medizinische Grundversorgung der Grundpfeiler des Gesundheitswesens ist und darum in die Verfassung gehört.
- der Verfassungsartikel anders als die Initiative nicht ausschliesslich auf die Hausärztinnen und Hausärzte fokussiert, sondern die Grundversorgung umfassend stärken und in der Verfassung verankern will.
- bereits heute ein Mangel an Haus- und Kinderärztinnen und -ärzten besteht und der Beruf dringend attraktiver werden muss, damit junge Medizinstudierende dafür gewonnen werden können.



«Die Hausärztinnen und Hausärzte sind das Rückgrat unseres Gesundheitswesens. Unser Ja hilft, sie zu stärken.»

JACQUELINE FEHR, NATIONALRÄTIN ZH

«Pädophilen-Initiative»

NEIN

Darum geht es:

Die Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» verlangt, dass Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Die SP sagt Nein, weil ...

- das Berufsverbot nur für Sexualdelikte gilt. Es muss aber auch für Täterinnen und Täter gelten,

die Kinder ohne sexuelle Motive körperlich misshandeln.

- das Berufsverbot auch Personen treffen kann, die nicht pädophil sind: Wenn etwa ein 20-Jähriger eine einvernehmliche Beziehung mit einer 15-Jährigen unterhält, so verstösst er zwar gegen das Gesetz. Aber er ist kein Pädosexueller, der mit einem lebenslangen Berufsverbot belegt werden muss.
- Bundesrat und Parlament einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, der viel differenzierter ist als die Initiative.



In der Schweiz leben mehr als 1,7 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger. Nicht nur sie sind vom Ausgang der EU-Parlamentswahlen vom 22. bis 25. Mai betroffen. Auch für die Schweiz als Ganzes spielt es eine Rolle, ob die EU weiterhin geprägt ist von der sparwütigen Austeritätspolitik Barrosos oder ob sie in Richtung einer sozialen und gemeinschaftlichen Politik geht. Die SP Schweiz

unterstützt die sozialdemokratischen Schwesterparteien und Martin Schulz, den Spitzenkandidaten für das Kommissionspräsidium, in ihrer Kampagne für ein soziales Europa. Jedes Land kann das Wahlverfahren selber festlegen – Informationen zu den Wahlverfahren der jeweiligen Länder finden sich auf der von der SP Schweiz eingerichteten Webseite www.europawahl2014.ch.

KNALLROT



Yvonne Feri

Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Flache Argumente

Letzte Woche hatte ich eine Auseinandersetzung mit einer Freundin. Ich stand für ein Ja zur Mindestlohninitiative ein, sie hingegen war der Meinung, dass bei einer Annahme dieser Initiative Arbeitsplätze auf der Kippe stünden. Sie argumentierte damit, dass bei einem gesetzlich definierten Mindestlohn eine Vielzahl von Unternehmen nicht mehr fähig wäre, die Löhne ausbezahlen, und damit gezwungen wäre, einzelne Arbeitsplätze aufzugeben.

Die Argumentation meiner Freundin ist geläufig, aber trotzdem falsch. Sie weiss viel, ist stets sehr gut informiert über das politische Geschehen in der Schweiz und ist eine tolle Gesprächspartnerin. Es hat mich erstaunt, dass sie sich von der Angstmacherei der Gegner der Mindestlohninitiative beeinflussen liess und die flachen Argumente, die von verschiedenen Gewerbeverbänden in den letzten Wochen immer wieder rezitiert wurden, geglaubt hat.

1. Lüge: Es werden Arbeitsplätze verloren gehen! Zu Tausenden! Diese Drohung ist nichts anderes als Angstmacherei, wie Beispiele zeigen; H&M etwa hat einen Mindestlohn von 22 Franken eingeführt und musste keinen einzigen Arbeitsplatz streichen. Dass eine Erhöhung der Löhne nicht zwangsläufig zu Arbeitsplatzverlusten führt, zeigt auch die Schweizer Geschichte: Ende der 1990er-Jahre verlangten die Gewerkschaften «keine Löhne unter 3000 Franken». Bereits da prophezeiten Arbeitgeber und Wirtschaftsvertreter mehr Arbeitslose. Heute gibt es aber mehr Arbeitsplätze als vorher und kaum mehr Löhne unter 3000 Franken.

2. Lüge: Die Löhne in der Schweiz sind ausreichend, im Service und als Coiffeur erhält man ja schliesslich auch noch Trinkgeld. Solche Aussagen sind nicht nur egoistisch und asozial, sie sind auch falsch. Natürlich erhält ein Service-Angestellter oder eine Coiffeuse auch Trinkgeld. Dieses ist in den Löhnen jedoch bereits einkalkuliert und nicht selten wird das eingenommene Trinkgeld an das ganze Team des Betriebs verteilt.

3. Lüge: Das können wir niemals bezahlen! Es kann nicht sein, dass wir die Ausbeutung von Arbeitnehmenden in verschiedenen Branchen stillschweigend akzeptieren. Die Mindestlohninitiative ist mehr als eine wirtschaftspolitische Massnahme – sie ist vielmehr ein Aufruf zu einer solidarischeren Schweiz, die sich gegen Ausbeutung auflehnt.



Karl und Ida Aebischer mit den beiden Söhnen Gerhard und Herbert (1947). Von Karl und Ida Aebischer gibt es keine Fotos aus der Kindheit. Auf den ersten Bildern sind sie bereits 20-jährig.

WIEDERGUTMACHUNGS-INITIATIVE

Es bleibt nicht mehr viel Zeit

Meine Grosseltern väterlicherseits waren Verdingkinder. Ihre Kindheit ist niemandem zu wünschen. Deshalb setze ich mich für die Wiedergutmachungsinitiative ein.

Der Grossvater wurde als Achtjähriger und die Grossmutter als Kleinkind aus ihren Familien hinausgerissen. Beide sind vor gut 20 Jahren gestorben. Andere Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen leben noch. Eine Wiedergutmachung haben die allermeisten bis heute nicht erhalten. Dies will die Wiedergutmachungsinitiative nun ändern.

Kari wollte heim zur Mutter

Ich war gerne bei meinen Grosseltern in den Ferien. Grossvater war ein vielseitiger Bastler und lehrte mich, mit Werkzeugen umzugehen. Im Nachhinein sind das schöne Erinnerungen, obschon ich heute weiss, dass er als Verdingbub kaum so etwas wie Liebe und Geborgenheit erfahren durfte. Als neuntes von vierzehn Kindern und

Sohn eines Tauners, eines landwirtschaftlichen Tagelöhners, ist Kari im emmentalischen Heimisbach/BE aufgewachsen. Als er achtjährig war, entschieden die Gemeindebehörden zusammen mit den Eltern, ihn aus der Familie herauszunehmen und bei einem Bauern

Eine Wiedergutmachung haben die meisten der schwer traumatisierten Opfer bis heute nicht erhalten.

in Ranflüh zu verdingen. Dort lernte der Bub hart zu arbeiten. Stimmt die Leistung auf dem Feld und im Stall, erfuhr er hie und da Anerkennung. War dem nicht so, wurde geschlagen oder sonst streng bestraft. Kari ist zweimal ausgerissen. Er wollte heim zur Mutter. Doch man

brachte ihn wieder zurück nach Ranflüh. Nach der obligatorischen Schulzeit war für Karl klar, dass er den Hof schnellstmöglich verlassen würde. Da er jedoch die Kosten der Konfirmationskleider abarbeiten musste, verzögerte sich sein Weggang um ein halbes Jahr.

Auch Ida musste die Familie verlassen

Warum meine Grossmutter als Kleinkind zu einer Handwerkerfamilie im schwarzenburgischen Mamishaus abgegeben wurde, weiss niemand genau. Ida Aebischer wollte nie darüber sprechen. Fakt ist: Ihre leibliche Mutter wohnte in Sichtweite zur ihr. Zu Kontakten kam es kaum. Im Gegensatz zum Grossvater lobte Grossmutter ihre Pflegefamilie. Beide haben ihren Weg später gemacht. Als Pflegerin und Pfleger lernten sie sich in der «Bernischen Irrenanstalt Waldau» kennen, heirateten und bekamen zwei Buben. Der eine ist mein Vater.

Nicht alle haben es geschafft

Im Schwarzenburgerland, wo ich aufgewachsen bin, wurden noch bis in die Sechzigerjahre Kinder verdingt. Als Lehrer unterrichtete mein Vater mehrere Verdingkinder. Meine Mutter erzählte uns die Geschichte vom Verdingbub, der sich im Bauernhaus nebenan erhängte.

Nicht alle haben es also geschafft. Andere Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen leben noch. Einigen geht es gut. Viele jedoch leiden unter massiven physischen und psychischen Störungen. Dieses Leid und das begangene Unrecht werden heute allgemein anerkannt.

Eine finanzielle Wiedergutmachung fehlt

Der Bundesrat hat sich bei den Betroffenen entschuldigt und das Parlament hat die administrativ Versorgten per Gesetz rehabilitiert. Doch auf eine Wiedergutmachung für das erlittene Leid warten die allermeisten der schwer traumatisierten Opfer bis heute. Die vom Parlament beschlossene Rehabilitation sieht keine finanzielle Wiedergutmachung vor. Darum braucht es jetzt die Wiedergutmachungs-Initiative.



Matthias Aebischer
ist Nationalrat BE

DAS WILL DIE INITIATIVE

Die Wiedergutmachungs-Initiative setzt in erster Linie ein Zeichen der Anerkennung für das grosse Unrecht, das Verdingkindern und Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen widerfahren ist. Sie schafft die verfassungsrechtliche Pflicht für das Ausrichten finanzieller Leistungen.

Im Zentrum steht die Errichtung eines Fonds von 500 Millionen Franken. Die Forschung geht von mindestens 20000 Opfern aus. Eine unabhängige Kommission soll jeden Fall einzeln prüfen und schliesslich über die Höhe der jeweiligen Auszahlung entscheiden. Viele der Opfer sind bereits im hohen Alter. Die Zeit drängt. Im Weiteren fordert die Initiative eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte.

Ein überparteiliches Komitee bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von SP, Grünen, CVP, EVP, BDP, GLP und FDP unterstützt die Initiative, die am 31. März lanciert wurde.

Weitere Informationen zur Initiative gibt es auf: www.wiedergutmachung.ch

BILDUNGSMODUL

Fit für die öffentliche Krankenkasse

Nach der Mindestlohninitiative und dem Gripen-Referendum steht der SP mit der öffentlichen Krankenkasse die nächste sehr wichtige Kampagne in diesem Jahr bevor. Höchste Zeit also, um sich mit unserem Bildungsmodul vorzubereiten.

Sich durch den aktuellen Versicherungsdschungel zu schlagen, ist ein regelrecht waghalsiges Unterfangen. Bei Begriffen wie «Selbstbehalt», «Risikoausgleich» und «Franchise» kommt Hans Muster ins Rudern. Dem wollen wir Abhilfe schaffen – mit der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse. Denn diese ist einfacher, gerechter und günstiger.

Obwohl der Bundesrat erst Ende Mai definitiv entscheiden wird, müssen wir damit rechnen, dass die Abstimmung bereits im September ansteht. Um für die Kampagne fit zu sein und Skeptikerinnen und Skeptikern die richtigen Argumente entgegenhalten zu können, bieten wir wiederum ein Bildungsmodul für Sektionen an. Die durchwegs positiven Rückmeldungen zum 1:12-Modul haben gezeigt, dass diese Art von Basisbildung ankommt und einem grossen Bedürfnis entspricht. Über 150 Sektionen hatten damals das Modul für einen Sektionsanlass gebucht. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen.

Anfang April sind wir mit dem wahlweise 45- oder 90-minütigen Modul gestartet. Ziel ist es, Licht ins Dunkel zu bringen: Wie funk-

JETZT BUCHEN

Die Buchung des Bildungsmoduls ist ganz einfach: Unter www.spschweiz.ch/bildungsmodul findest du ein Formular, das du ausgefüllt an kommunikation@spschweiz.ch schickst. Du sagst, wann und wo, wir machen uns auf die Suche nach einer Referentin oder einem Referenten.

niert der Pseudowettbewerb im heutigen System? Welche Auswirkungen hat er? Was ändert sich mit einer öffentlichen Krankenkasse? Profitiert mit eurer Sektion von diesem Angebot und macht euch über unser Gesundheitssystem schlau – und insbesondere darüber, wie es verbessert werden kann!



Nina Lanzi
Praktikantin in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation der SP Schweiz

SP

UNSER GESUNDHEITSSYSTEM UND SEINE SCHWACHSTELLEN

BEISPIEL 1: JONAS

26 Jahre alt, Student, Zürich

Er ist gesund und geht nur zu Fuss zur Arbeit. Die Krankenkasse hatte er noch nie bezahlt. Er hat eine Miete von 247.– hat er selber bezahlt. Er hat keine Krankenversicherung beantragt und hat keine Beiträge bezahlt.

RECHENBEISPIEL

	Minimum	Maximum	Differenz
	271.–	421.–	150.–
	272.–	526.–	254.–
	129.–	254.–	125.–

BILDUNGSMODUL «ÖFFENTLICHE KRANKENKASSE»

13



ADEV

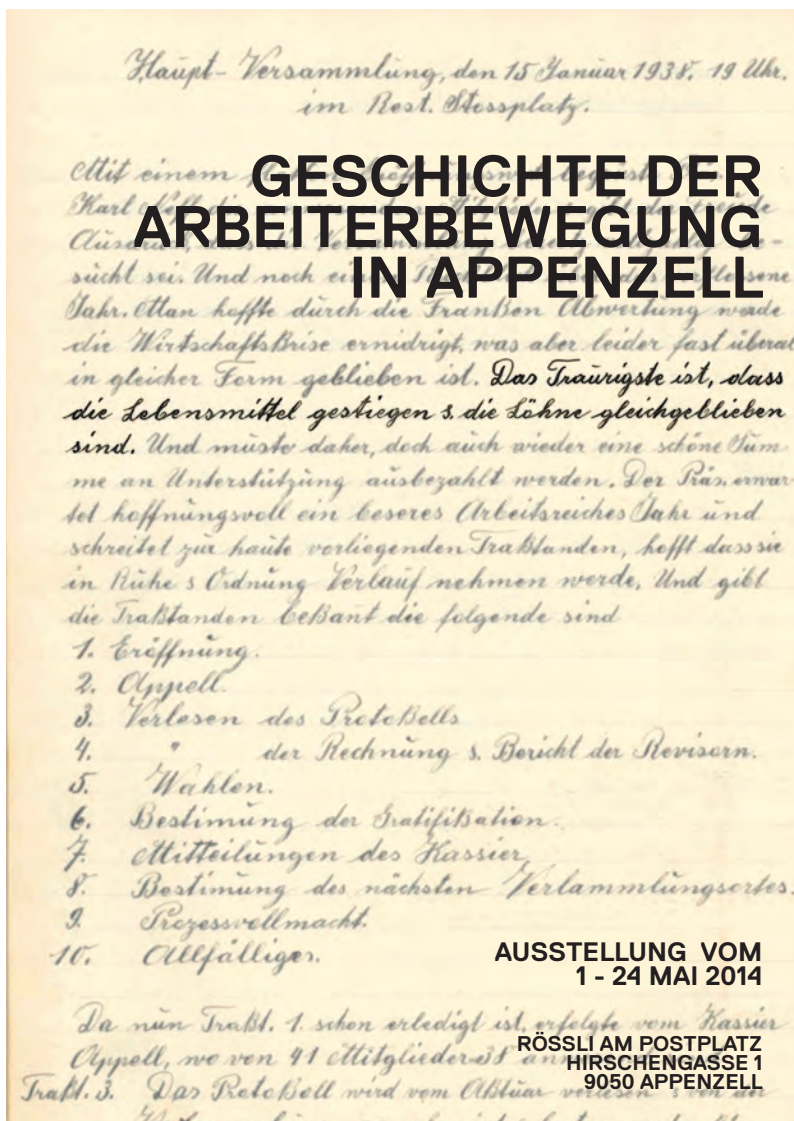
ZEICHNEN SIE WASSERKRAFTAKTIEN!

Werden Sie Aktionärin und Aktionär der ADEV Wasserkraftwerk AG: Die Tochter der ADEV Energiegenossenschaft mit Bürgerbeteiligung erneuert und betreibt ökologische Kleinwasserkraftwerke. Sie erhöht ihr Aktienkapital um maximal CHF 4.1 Millionen. Zeichnen Sie bis zum 30. Juni 2014 Wasserkraftaktien.

Fordern Sie die aktuelle Beteiligungsbrochüre mit Zeichnungsschein an.

ADEV Wasserkraftwerk AG | Kasernenstrasse 63
Postfach 550 | CH - 4410 Liestal
Tel. 061 927 20 30 | Fax 061 927 20 49 | info@adev.ch

Engagiert für die Energiewende | www.adev.ch



GESCHICHTE DER ARBEITERSBEWEGUNG IN APPENZEL

AUSSTELLUNG VOM
1 - 24 MAI 2014

RÖSSLI AM POSTPLATZ
HIRSCHENGASSE 1
9050 APPENZEL

ÖFFNUNGSZEITEN

SA 3 MAI 15 - 17
MI 7 MAI 14 - 17
SA 10 MAI 15 - 17
SO 18 MAI 15 - 17
MI 21 MAI 17 - 19

DIE AUSSTELLUNG ÖFFNET ZUDEM JEWEILS EINE STUNDE VOR VERANSTALTUNGSBEGINN

AUF ANFRAGE ÖFFNEN WIR DIE AUSSTELLUNG AUCH GERNE FÜR SIE - KONTAKT 079 713 74 84

VERANSTALTUNGEN

VERNISSAGE
DO 1 MAI 19 UHR

PODIUM MINDESTLOHN-INITIATIVE*
DI 6 MAI 20 UHR - REST. RÖSSLI AM POSTPLATZ

MIGRANTINNEN- UND MIGRANTENTREFF*
DO 15 MAI 20 UHR

FINISSAGE UND FILMABEND
SA 24 MAI 19.30 UHR

*DAVOR KURZFÜHRUNG VON 19.15 - 19.45 UHR



Das Thurgauer Lied und der Blick über den Tellerrand

Der Schock über das Ja zur Abschottungsinitiative sitzt mir noch tief in den Knochen. Das Ja wird nicht nur mich als Wissenschaftlerin, sondern uns alle noch lange verfolgen. Die Auswirkungen sind noch nicht absehbar. Momentan sind «erst» ein paar Studierende und Forschende betroffen («Böse EU, dass sie das einfach so sistiert hat, dass sie das wagt, die böse EU!», sagen die Befürworter), hier stopft der Bund gerade notfallmässig die Löcher. «Nicht so schlimm, das Ganze, das wird sich schon alles einrenken!» Solche Stimmen habe ich in den vergangenen Wochen mehrfach gehört. Wenn diese Leute sich nur nicht täuschen. Es ist zu hoffen, dass sie auch künftig in Spitälern gepflegt und in Restaurants bedient werden.

Was mich neben den Folgen, die noch nicht absehbar sind, beschäftigt, ist die Haltung vieler Ja-Sager: «Wir zeigen der EU, wo es langgeht. Wir Schweizer bestimmen die Agenda und die EU wird dann schon «spuren». Wir, die echten Schweizer, sind die Grössten, die Sou-

veränsten, die Demokratischsten und wir wissen am aller-, aller-, allerbesten, wie die Welt sich zu drehen hat.» Und wer nicht so denkt, der wird kurzerhand zum minderwertigen Schweizer degradiert: Die Welschen hätten ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz und das seit jeher. Ich lasse mir nicht von der Partei mit dem V zwischen S und P diktieren, was

«Das Ja vom 9. Februar ermöglicht uns, unser Verhältnis zu Europa neu zu definieren.»

eine «richtige Schweizerin» ist und wie ich zu denken habe. Die Definition von Werten, die die Schweiz und den Schweizer ausmachen, können wir SozialdemokratInnen nicht jener Partei überlassen!

Die Schweiz von uns 49,7 Prozent ist offen und sozial. Zu unserer Heimat gehören nicht nur Menschen mit dem Schweizer Pass: Zu unserer Heimat gehören all die Menschen, die hier leben. Wir können gleichzeitig welt-

offen sein und sozial denken *und* mit unseren Freunden einen Jass klopfen und beim Thurgauer Lied stehend laut mitsingen. Unsere Schweiz lässt diese Kombination zu: Heimat und Weltoffenheit, Thurgauer Lied und Internationale schliessen sich nicht aus!

Und weil uns als offene SchweizerInnen der Rest der Welt nicht egal ist, blicken wir über den Tellerrand hinaus. Das Ja vom 9. Februar ermöglicht uns, unser Verhältnis zu Europa neu zu definieren. Das ist eine Chance, die wir SozialdemokratInnen nutzen sollten, eine Chance, uns nicht nur für eine offene und soziale Schweiz, sondern auch für ein offenes und soziales Europa einzusetzen. Nutzen wir diese Chance und zeigen Alternativen auf – nicht wie die Maus vor der Schlange starr vor Schreck, sondern aktiv mitbestimmend.

Susanne Oberholzer
GL-Mitglied SP Thurgau



Eine starke SP ist nötig



Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Freundinnen und Freunde

Im Kanton Luzern finden alle Wahlen innert eines Jahres statt. In 11 Monaten, am 29. März 2015, werden Kantons- und Regierungsrat gewählt. Ein halbes Jahr später, am 18. Oktober 2015, werden National- und Ständerat neu bestimmt. Und im Frühling 2016 werden die Luzernerinnen und Luzerner für die kommunalen Wahlen an die Urnen gerufen.

Die interessanteste, aber auch intensivste Zeit des politischen Kalenders kommt in grossen Schritten auf uns zu. Am Parteitag vom 5. April 2014 in Ruswil verabschiedeten die Delegierten die Ziele für die kantonalen Wahlen vom Frühling 2015. Wir wollen mindestens zwei Sitze im Kantonsrat dazugewinnen und in allen Wahlkreisen an Wählerprozenten zulegen. Das ist ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel.

Eine Stärkung der SP im Kanton Luzern ist nicht nur möglich, sondern auch bitter nötig. Die rigorose Spar- und Abbaupolitik der bürgerlichen Mehrheit trifft die grosse Mehrheit der Menschen im Kanton hart.

Für faire Unternehmenssteuern

Die Bildung wird ausgehöhlt. Lektionen werden gestrichen, Elternbeiträge erhöht und Klassen vergrössert. Auch auf dem Buckel der Behinderten wird gespart. So wurden die Staatsbeiträge an soziale Institutionen wie beispielsweise die «Stiftung für Schwerbehinderte» oder das «Brändi» gekürzt. Die Liste der Abbauübungen liesse sich beliebig fortführen.

Dagegen wehrt sich die SP. Im Verbund mit anderen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden lancierte sie die Initiative «Für faire Unternehmenssteuern». Sie will den Gewinnsteuersatz für Unternehmen von 1.5 auf 2.25

Prozent anheben. Damit sollen sich auch die Unternehmen wieder angemessener an den öffentlichen Kosten beteiligen. Die Initiative ist ein erster Schritt in Richtung mehr Steuererechtigkeit im Kanton Luzern.

Gegen den Ausverkauf der Uni

Trotz leerer Kassen wollen Regierung und Parlament die Universität Luzern unbedingt um eine Wirtschaftsfakultät erweitern. Der Trick dabei: Die neue Fakultät soll ausschliesslich

Wir wollen das Volk über die Wirtschaftsfakultät entscheiden lassen. Bis Ende Mai müssen wir 3000 Unterschriften sammeln.

durch private Geldgeber und andere Drittmittel finanziert werden.

Bildung und Forschung gehören zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Eine immer stärkere Einflussnahme von Privaten lehnen wir ab. Die Unabhängigkeit der Universität wird dadurch gefährdet.

Deshalb hat der Parteitag beschlossen das Referendum gegen das neue Universitätsgesetz zu ergreifen. Wir wollen das Volk über die Wirtschaftsfakultät entscheiden lassen. Bis Ende Mai müssen wir 3000 Unterschriften sammeln. Dies erfordert einen grossen Effort von uns allen.

Was tun?

Mit Hilfe von uns allen werden das Referendum und die Initiative zustande kommen. Ihr könnt die Anliegen unterstützen:

■ Besucht die Webseite www.sp-luzern.ch, druckt die Unterschriftenbogen aus und schickt sie so schnell wie möglich an das Sekretariat.

■ Nehmt in euren Sektionen an Sammelaktionen teil. Mehr Infos erhaltet ihr von den Verantwortlichen in eurer Sektion oder direkt unter info@sp-luzern.ch / 041 311 05 85.

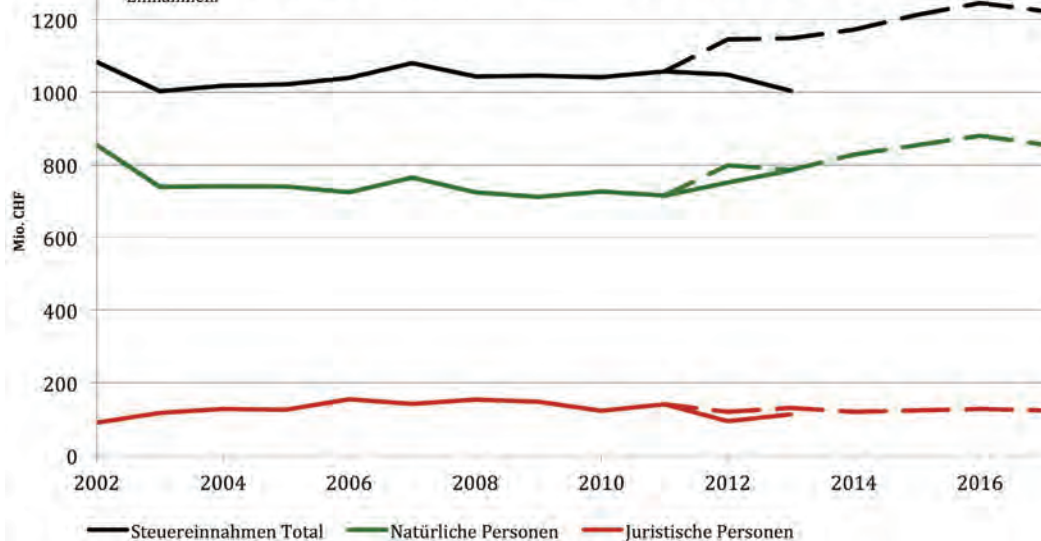
Für eure Unterstützung danke ich Euch herzlich!

Mit besten Grüßen

Sebastian Dissler, Parteisekretär

Entwicklung der Steuereinnahmen seit 2002 und prognostiziert bis 2017

Bis 2013 gemäss der jeweiligen Jahresrechnung, bzw. Jahresbericht, Prognosen gemäss AFP 2012, AFP 2013 und AFP 2014. Ab 2012 sieht man die Differenz zwischen prognostizierten und tatsächlichen Einnahmen.



SAH Bern – das Hilfswerk der Linken

Armut und Armutsrisiko sind heute höher als vor zehn Jahren. Der Weg aus der Armut führt in unserer Gesellschaft über die Integration in den Arbeitsmarkt. Berufliche und soziale Integration im Kanton Bern ist darum das Hauptanliegen des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) Bern.

Seit der Gründung 1936 ist das SAH das Hilfswerk der Linken. Der Regionalverein SAH Bern ist einer von 10 Regionalvereinen unter dem Dach des nationalen Netzwerks Schweizerisches Arbeiterhilfswerk. Trägerschaften sind die kantonale SP und der Gewerkschaftsbund Kanton Bern (GKB). Die Leitideen des SAH Bern sind die traditionellen Grundwerte: Solidarität, Gerechtigkeit, Integration und Chancengleichheit.

Im Kanton Bern ist das SAH Bern heute die führende Institution im Bereich der beruflichen und sozialen Integration.

Der Verein unterstützt, begleitet und integriert erwerbslose Jugendliche und Erwachsene, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

Viele Angebote mit dem gleichen Ziel: berufliche und soziale Integration

Das Angebot umfasst Qualifizierungsprogramme in Bereichen wie Hauswartung, Pflege oder Gastronomie, Bewerbungcoaching, Stellenvermittlung oder die Vermittlung von stundenweisen Arbeitseinsätzen in Haushalt oder Garten. Ausserdem führt das SAH Bern Werkstätten zur Gerätedemontage und Veloverleihstationen. Alle Programme haben das gleiche Ziel: die Chancen der Teilnehmenden auf einen Arbeitsplatz im regulären Arbeitsmarkt durch den Erwerb von Erfahrungen, Kompetenzen und Referenzen zu steigern.

Die Auftraggeber des SAH Bern sind staatliche Institutionen wie die Berner Wirtschaft beco, das Staatssekretariat für Wirtschaft seco, die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF), Sozialdienste, Regionale Arbeitsvermittlungszentren RAV oder Flüchtlingsdienste und all jene Personen, welche die Dienstleistungen des Vereins nutzen oder dessen Produkte kaufen.

Dank Spendengeldern kann das SAH Bern auch innovative eigene Projekte lancieren. So bietet das Buchantiquariat Bücherbergwerk in Bern Vorlehrstellen für junge Erwachsene, die Sozialhilfe beziehen, weil sie den Einstieg in die Berufswelt nach der obligatorischen Schulzeit verpassten. Nach Abschluss einer Vorlehre stehen die Chancen gut, in einer Anschlusslösung einen anerkannten Berufsabschluss zu erlangen. Dies ist für die Betroffenen wegweisend, wenn man bedenkt, dass rund 75 Prozent der jungen Menschen, die Sozialhilfe beziehen, über keinen Berufsabschluss verfügen.



Das SAH Bern unterstützt Erwerbslose bei der beruflichen und sozialen Integration.

Steigender politischer Druck

In den letzten Jahren kommt das SAH Bern aus verschiedenen Gründen immer mehr unter politischen Druck. Die wesentlichen Ursachen sind Sparmassnahmen des Kantons oder die Einschränkung der Sozialleistungen. Es herrscht auch ein zunehmender Wettbewerb im Markt. Günstige Anbieter von Integrationsprogrammen werden bei der Auftragsvergabe bevorzugt.

Auch im Sozialbereich findet eine schlechende Privatisierung statt. Um diesem Druck standhalten zu können, braucht das SAH die Unterstützung eines starken Vereins mit vielen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, für eine gerechte und solidarische Gesellschaft!

Kontakt

SAH Bern, Monbijoustrasse 32
3001 Bern
031 380 64 60
sah.bern@sah-be.ch
www.sah-be.ch
Spendenkonto: 30-761339-3

Barbara Geiser
Geschäftsleiterin a. i.
SAH Bern
Michelle Locher
Kommunikation



ICH WILL DAS SAH BERN UNTERSTÜTZEN

- Ich möchte Informationen zum SAH Bern
 Ich werde Mitglied

Vorname, Name _____

Adresse _____

E-Mail _____

Einsenden an: SAH Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 32, 3001 Bern



INITIATIVE «FÜR DIE OFFENLEGUNG DER POLITIKFINANZIERUNG»

Transparenz statt Korruption

Die Schweiz ist eines der einzigen demokratischen Länder ohne eine Regelung über politische Zuwendungen. Die JUSO wollen das für den Aargau mit einer Initiative ändern. Über diese wird am 28. September abgestimmt.

2010 schrieb Das Magazin: «Nur in der Schweiz gab es noch nie einen Parteispenskandal. Warum? Weil bei uns das Kaufen politischer Entscheide nicht verboten ist.» Das gilt noch heute. Versuche, dies durch nationale Vorstösse zu ändern, scheiterten. Nun hat das Aargauer Stimmvolk am 28. September die Möglichkeit, dem Kanton eine Vorreiterrolle in Sachen sauberer Politik zu verschaffen. Denn dann wird über die Initiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung» der JUSO Aargau abgestimmt. Die Initiative fordert die Offenlegung der Zuwendungen für Parteien. Zusätzlich zu der Finanzierung sollen Kandidierende und gewählte Mandatstragende ihre Finanzen und Interessenbindungen offenlegen.

Die Parteienfinanzierung läuft in der Schweiz intransparent. So zahlen Grossbanken jährlich mehrere Millionen Franken an die grossen bürgerlichen Parteien. Dies bestätigte vor mehreren Jahren ein anonymer SVP-Nationalrat dem Sonntagsblick: «Wir wurden von den Grossbanken jahrelang geschmiert». Aber nicht nur Banken kaufen sich in die Po-

litik ein. Grosse Firmen wie die Rüstungs- oder Pharmaindustrie mischen ordentlich mit. Angeben, woher die Gelder kommen, muss niemand. Und die Abhängigkeit gewisser Parteien von grossen Spendern und Spenderinnen ist erschreckend. Wie die NZZ vor zwei Jahren

Zu einer echten Demokratie gehört Transparenz. Intransparenz ist der Nährboden für Korruption.

berichtete, hatte die SVP diverse Rechnungen, teils im sechsstelligen Betrag, im Wahlkampf 2007 bar bezahlt. SVP, FDP und CVP finanzieren sich mindestens zu drei Vierteln über Parteispenden. Ein Grossteil davon stammt aus einer Handvoll Einzelspenden. Da ist die Frage berechtigt, ob die Parteien nach politischen oder finanziellen Interessen handeln.

Auch einzelne Politiker und Politikerinnen lassen sich schmieren. Etliche Parlamentsmitglieder erhalten durch Mandate in Verwaltungsräten oder Beiräten ein ordentliches Zusatzgehalt. Auch im Aargau gab es Verstrickun-

gen von Politik und Wirtschaft. Ein Beispiel dafür ist eine Geschichte aus dem Jahr 2009 im Zusammenhang mit FDP-Grossrat Daniel Heller. Dieser ist Partner der Politik- und Werbeagentur Farner Consulting. 2009 erreichte Heller durch einen entscheidenden Antrag, dass eine neue Baugesetzrevision im Grossen Rat eine Mehrheit fand. Im Nachhinein wurde bekannt, dass die Firma Farner Consulting ein Mandat zur Begleitung dieser Revision von einer Interessensgruppe diverser Grossverteiler (Migros, Coop, Ikea etc.) inne hatte.

Es ist Zeit, etwas zu unternehmen. Wegen solchen Skandalen misstrauen viele der Politik. Es ist schwer, bei Wahlen noch zu wissen, wer unabhängig und wer gekauft ist. In einer echten Demokratie dürfen Entscheidungen aber nicht gekauft werden. Zu einer echten Demokratie gehört Transparenz. Intransparenz ist der Nährboden für Korruption.

Sascha Antenen von Zofingen ist Präsident der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Brittnau.



Die Sommeruni der SP Schweiz

Auf fast 2000 Meter über Meer findet im August 2014 im Grand Hôtel Chandolin die erste Sommeruni der SP Schweiz statt.

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, unserer Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Parteipräsident Christian Levrat sowie zahlreichen nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern möchten wir mit euch über aktuelle Themen aus Gesellschaft und Politik diskutieren. Abseits vom politischen Tagesgeschäft gehen wir wichtigen Fragestellungen nach: Wie sehen unsere europapolitischen Perspektiven nach dem 9. Februar aus? Vor welchen Herausforderungen steht die Altersvorsorge heute? Ist Wachstum für Wohlstand unabdingbar? Ist die Gleichstellung der Geschlechter heute erreicht?

Neben inhaltlichen Workshops widmen wir uns auch Handwerklichem. Profis stellen neuste Kampagneninstrumente vor und üben mit euch, wie man seine Anliegen auf den Punkt bringt. Daneben sollen auch Erholung und Austausch nicht zu kurz kommen. An den Nachmittagen des 8. und 9. August gibt es geführte Wanderungen, an den Abenden Musik und Bar. Zudem wird eine Kinderbetreuung angeboten.

Das Wichtigste in Kürze:

- Das Grand Hôtel Chandolin ist ein schönes und grosszügiges Gruppenhaus, sauber, aber mit einfachem Standard. Es hat vorwiegend 2er- bis 4er-Zimmer.
- Familien und Kinder sind willkommen! Am Freitag und Samstag bieten wir eine Kinderbetreuung für Kinder ab drei Jahre an.
- Die Kosten pro erwachsene Person betragen 300 Franken, pro Kind 100 Franken, inklusive Frühstück, Mittagessen (Lunchpaket) und Abendessen, Weiterbildung, Kinderbetreuung



Jetzt in die Agenda eintragen: 7. bis 10. August, Sommeruni in Chandolin

und Freizeitprogramm. Nicht eingeschlossen sind die Reisekosten sowie weitere Konsumationen.

■ Das Haus, die Zimmer und die sanitären Anlagen sind leider nicht behindertengerecht. Es gibt jedoch einen Lift und mit entsprechender Hilfe sollte ein Aufenthalt auch für Menschen mit einer Behinderung realisierbar sein.

Wir freuen uns auf dich! Jetzt anmelden – die Plätze sind beschränkt!

Weitere Infos zum Programm, den Referentinnen und Referenten, dem Durchführungsort sowie das Anmeldeformular findest du unter www.sp-sommeruni.ch



Leyla Gül

ist Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

12 GRÜNDE, AN DER SOMMERUNI TEILZUNEHMEN

1. Weil du endlich wieder einmal den wirklich wichtigen und unbequemen Fragen auf den Grund gehen kannst – bei einem Glas Wein und toller Aussicht auf die Walliser Alpen.
2. Weil die Juso kocht.
3. Weil neben viel Bildung und Handwerklichem auch spektakuläre Bergwanderungen auf dem Programm stehen.
4. Weil es auch die ganz Kleinen mit Jonas und Co. lustig haben werden und gut betreut sind.
5. Weil unter anderem auch Simonetta, Andy, Marina, Christian, Jacqueline dort sein werden und du ihnen dann endlich sagen kannst, was du ihnen schon lange sagen wolltest.
6. Weil am Sektions-Workshop Instrumente und Ideen präsentiert werden, die du als Sektionspräsidentin oder -präsident wirklich brauchen kannst.
7. Weil das Degustieren von Walliser Wein gemeinsam mit Walliserinnen und Wallisern ein ganz besonderes Erlebnis ist.
8. Weil die klare Bergluft auf 2000 Meter über Meer animierender ist als die stickige Luft in irgendeinem Sitzungszimmer.
9. Weil das Politisieren mit Genossinnen und Genossen aus anderen Ecken der Schweiz und von «ennet dem Röstigraben» besonders anregend ist.
10. Weil du sonst nicht so günstig zu Weiterbildung und Ferien in einem kommst.
11. Weil in der Sommeruni die Bewegung beginnt, neue Projekte und Kampagnen das Licht der Welt erblicken und ganz sicher auch Freundschaften entstehen.
12. Weil es das erste Mal ist und du dann später immer stolz wirst erzählen können, dass du schon damals beim ersten Mal, quasi in einer Pionierrolle, mit von der Partie warst.

Unsere Basis stärken

Die gut 30000 SP-Mitglieder sind das Rückgrat unserer Partei und unentbehrlich für unsere Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass es mehr werden.

Wir brauchen genügend Mitglieder für unsere Aktionen und Projekte sowie für die Mitarbeit in den Gremien. Wir sind auch finanziell auf sie angewiesen, weil die Mitgliederbeiträge einen beachtlichen Teil unseres Budgets ausmachen – mehr als bei anderen Parteien, die grosszügig von der Wirtschaft unterstützt werden. Ohne unsere Mitglieder, unsere Basis sind wir nicht zukunftsfähig.

Wir müssen unsere Positionen und Forderungen möglichst breit abstützen. Mitgliederwerbung muss deshalb für uns alle eine Daueraufgabe sein.

Wir müssen uns auch um unsere neuen Mitglieder kümmern, den Zugang zur Partei möglichst einfach gestalten und die Bindung an die Sektion stärken. Ideen, wie neue Mitglieder gewonnen werden können, gibt es einige. Gemeinsam mit den Kantonalparteien sind wir daran, verschiedene Massnahmen auszuarbeiten. Auch im «links» wollen wir euch ab jetzt regelmässig Ideen und Vorschläge liefern. Willst du deine Mitgliederwerbepublikation im «links» vorstellen? Schreib ein Mail an links@spschweiz.ch.

Nach wie vor im Angebot haben wir übrigens unsere attraktiven Mitgliederwerbeproschüren.

Legt diese doch bei euren Anlässen und Aktionen auf oder organisiert mit eurer Sektion eine Mitgliederwerbepublikation. Schreibt Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen an (je nach Gemeinde bekommt ihr die Adressen oder könnt an Neuzuzüger-Anlässen dabei sein)

Mitgliederwerbung muss für uns alle eine Daueraufgabe sein.

und motiviert sie zum Beitritt. Oder macht nach emotionalen Abstimmungsergebnissen mit Inseraten gezielte Mitgliederwerbung in eurer Lokalzeitung. Falls ihr eine Druckvorlage braucht, helfen wir gerne.

Die Mitgliederwerbeproschüren können zum Preis von Fr. –.50 pro Exemplar bei uns bestellt werden:

anne-lea.portmann@spschweiz.ch



Anne-Lea Portmann

ist Praktikantin in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation der SP Schweiz



Sonntag, 26. Mai, im Bifang Olten

PLAUSCH-FUSSBALLTURNIER

- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- gespielt wird auf kleinem Feld
- der Plausch steht an erster Stelle
- Anmeldungen an Urs Huber
urs.huber@sev-online.ch

- weitere Infos unter
www.sp-olten-goesgen.ch
- Anmelden bis 11. Mai 2014 bei
urs.huber@sev-online.ch
078 674 79 11





Parteitag und Rambazamba

Am 28. Juni ist Rambazamba in Winterthur. Gegen 100 000 Personen werden an den Special Event pilgern. Gehuldigt wird einem Stadtheiligen, gefeiert wird bis tief in die Nacht bei Musik und Tanz, Speis und viel Trank.

Die Rede ist hier nicht vom Parteitag der SP Schweiz – noch ziehen wir nicht so viele Personen an und Heiligen werden wir nie huldigen. Der Zufall will es aber, dass der diesjährige Parteitag am gleichen Ort und Tag stattfindet wie das berühmt-berüchtigte Albani-Fest. Das heisst aber nicht, dass wir uns zwischen Festen oder trockener politischer Arbeit entscheiden müssen:

ERSTENS ist die zweijährliche Zusammenkunft von Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz am Parteitag selten langweilig, sondern eher laut, farbig und intensiv. Auch in diesem Jahr werden unsere beiden Bundesratsmitglieder, Simonetta Sommaruga und Alain Berset, sowie ein internationaler Gast dabei sein.

ZWEITENS verspricht das Hauptthema des Parteitags, die Steuergerechtigkeit, interessante Diskussionen. Denn bei diesem Thema kommt in der Schweizer Politik niemand an der SP vorbei. Jahrzehntlang wurden wir wegen unserer Position für die Abschaffung

des Bankgeheimnisses als «Landesverräter» beschimpft. Heute gibt uns die internationale Entwicklung Recht. Bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung, einem unhaltbaren Privileg für reiche Ausländerinnen und Ausländer, wurden wir belächelt. Mehrere Kantone, darunter Zürich und Schaffhausen, haben diesem Steuerprivileg ein Ende gesetzt – schweizweit wird dies dank der SP in der Abstimmung voraussichtlich im November 2014 möglich. Wenn Ökonomen und Politikerinnen die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in der Schweiz beklagen, geht oft vergessen, dass ein entscheidendes Instrument zur Bekämpfung der Ungleichheit und zur Förderung der Chancengleichheit fehlt: die Erbschaftssteuer. Auch dieses Anliegen wird dank der SP per Initiative noch im Wahljahr 2015 zur Abstimmung gelangen. Wenn Grenzregionen die zunehmende Anzahl Grenzgängerinnen und gleichzeitig schwindende Steuereinnahmen beklagen, ist möglicherweise das ruinöse Steuerdumping zur Anlockung ausländischer Unternehmen

zum Nulltarif mitverantwortlich. In der Familienbesteuerung schenkt der Staat reichen Familien mehr und mehr Privilegien zu. Es ist nicht haltbar, dass Familien mit höheren Einkommen grosszügiger entlastet werden als solche mit mittleren und tiefen Einkommen. Die Kosten, die ein Kind verursacht, sind unabhängig davon, ob die Eltern reich oder arm sind. Deshalb muss das ungerechte System der Kinderabzüge dringend reformiert werden. Es gibt viele Baustellen und immer noch zu viele Steuerschlupflöcher – Anlass für die SP, einen Überblick über die wichtigsten Themen und vor allem auch über mögliche Gegenmassnahmen zu geben. Dieses Ziel verfolgt das Positionspapier zur Steuergerechtigkeit, das den Delegierten zur Diskussion und Verabschiedung vorgelegt wird.

DRITTENS können sich alle, die nach dem Parteitag noch nicht genug haben, ins Albani-Fest stürzen. Wie oft wird uns doch gesagt, wir sollten dorthin, wo die Menschen sind – mit ihnen diskutieren und streiten, bei Bratwurst und Bier. Und falls die Feiernenden zu später Stunde nicht mehr so aufnahmefähig sind, freuen sie sich dafür vielleicht über ein Ständchen: Una mattina, mi son svegliato, o bella ciao, bella ciao, bella ciao ciao ciao ...

ORDENTLICHER PARTEITAG DER SP SCHWEIZ

Wann: Samstag 28. Juni 2014, 10–18 Uhr
Wo: jungkunst Halle 52, Katharina Sulzer Platz, Winterthur
Anmeldefrist: 12. Mai 2014
 Alle Informationen und Anmeldeformular online verfügbar unter:
www.spschweiz.ch/parteitag
Antragsfrist: 12. Mai 2014
Per E-Mail: parteitag-antrag@spschweiz.ch



Flavia Wasserfallen
 ist Co-Generalsekretärin der SP Schweiz



Ehe für alle!

Freie Entscheidungen über die individuelle Lebensgestaltung sollten in einem modernen Land wie der Schweiz eine Selbstverständlichkeit sein. Die Ehe muss darum auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich werden.

Vor zehn Jahren hat das Schweizer Stimmvolk Aufgeschlossenheit und Fortschrittlichkeit bewiesen, als es das Partnerschaftsgesetz annahm. Dank diesem Entscheid können gleichgeschlechtliche Paare seit 2007 ihre Partnerschaft eintragen lassen und sich damit öffentlich und vor dem Gesetz zu ihrer Liebe bekennen. Nun wäre es nur noch ein kleiner Schritt bis zur vollständigen rechtlichen Gleichstellung durch eine Öffnung der Zivilehe, wie sie bereits in einigen Ländern der westlichen Welt, etwa in Grossbritannien, Frankreich, Spanien oder Schweden, eingeführt wurde.

CVP will eine Diskriminierung einführen

Eine mögliche Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz ist jedoch durch die Volksinitiative «Für Ehe und Familie» der CVP akut gefährdet. Quasi durch die Hintertür will die CVP in der Schweizer Verfassung eine Ehedefinition einführen, welche diese als vom Gesetz geregelte und auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft «von Mann und Frau» festschreibt. Diese rückschrittliche Bestimmung wird in der Öffentlichkeit meist stillschweigend unter den Teppich gekehrt. Sogar der Bundesrat hat die Volksinitiative aus nicht nachvollziehbaren Gründen zur Annahme empfohlen. Und dies, obschon die gesell-

schaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der Schweiz stark zugenommen hat und diese konservative Ehedefinition nicht zeitgemäss ist.

Die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» richtet sich vordergründig gegen die steuerliche Benachteiligung Verheirateter gegenüber Konkubinatspaaren. Doch die CVP verfolgt mit ihrer Ehedefinition ein weiteres Ziel, welches der Partei anscheinend ebenso wichtig ist: Mit der Annahme der Initiative durch Stände und Volk würde eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare auf lange Sicht unmöglich gemacht. Diese drohende Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare in der Verfassung wird seit Monaten von LGBT*-Organisationen sowie sozialen und liberalen Kräften aus der Politik im Interesse der Gleichstellung aller Lebensformen bekämpft. Denn sobald diese in unserer Verfassung verankert wäre, müsste für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe eine Anpassung nicht nur der Gesetze, sondern auch der Verfassung erfolgen. Die christlich-konservative Partei scheint sich dieser Auswirkung mehr als bewusst zu sein und lehnt Möglichkeiten, das Anliegen ohne Ehedefinition vor das Volk zu bringen, ab.

*LGBT: Lesbian, Gay, Bisexual and Trans

Jetzt erst recht: Ehe für alle!

Die CVP war sich aber wohl nicht bewusst, dass sie mit ihrer Ehedefinition die Diskussion über eine mögliche Öffnung der Ehe in der Schweiz überhaupt erst richtig anregen würde. Politikerinnen und Politiker von links bis rechts haben sich vereint und fordern gemeinsam mit der LGBT-Community die gleichgeschlechtliche Ehe in der Schweiz. Am 17. Mai findet auf dem Münsterplatz in Bern eine erste Kundgebung unter dem Motto «Ehe für alle» statt (siehe Kasten rechts).

Die offene Zivilehe sollte in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit darstellen. Eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung entspricht nicht den Grundsätzen einer fortschrittlichen und liberalen Gesellschaftspolitik. Deshalb ist es aus sozialdemokratischer Sicht nur logisch, für die Öffnung der Ehe zu plädieren. Denn nur so wird es allen Menschen ermöglicht, ihr Leben gleichberechtigt, frei nach ihren individuellen Vorstellungen zu gestalten.



Marco Fritschi ist Leiter der Arbeitsgruppe GaynossInnen der JUSO Schweiz und Mitglied der SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

IDAHOT

Der 17. Mai ist der Internationale Tag gegen Homophobie und Transphobie (International Day Against Homophobia and Transphobia,



IDAHOT). Dieser Tag soll darauf aufmerksam machen, dass Menschen mit nicht-heterosexuellen Lebens- und Familienformen in unserer Gesellschaft noch immer Ausgrenzung, Gewalt und Ungleichbehandlung ausgesetzt sind.

Ein gutes Beispiel dafür ist die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie», welche die Zivilehe als Verbindung zwischen Mann und Frau in der Verfassung festschreiben und eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare für alle Zeiten verhindern möchte (siehe Haupttext). Deshalb steht der diesjährige IDAHOT-Anlass unter dem Motto «Ehe für alle». Die Kundgebung auf dem Münsterplatz in Bern wird von Politikerinnen und Politikern von links bis rechts in Zusammenarbeit mit diversen LGBT-Organisationen organisiert. Nationalrätinnen und Nationalräte von SP, GLP, FDP und den Grünen werden an der Kundgebung reden und Voten für die Eheöffnung halten, darunter die SP-Nationalrätinnen Yvonne Feri und Margret Kiener Nellen sowie SP-Nationalrat Martin Naef.

Ausserdem stellt Marcel Cuttat, Generalsekretär der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, gemeinsam mit Nationalrätin Margret Kiener Nellen das UNESCO-Lehrmittel «IDAHO Lesson Plan» vor. Dieses wurde auf Initiative der SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität von der Schweizerischen UNESCO-Kommission auf den diesjährigen IDAHOT hin auf Deutsch und Französisch übersetzt. Lehrpersonen und Fachleute sollen mit dem Material dabei unterstützt werden, der Ausgrenzung und Diskriminierung von homo-, bisexuellen und trans* Menschen bereits in der Schule vorzubeugen und Respekt und Toleranz zu fördern.

Abgerundet wird das Programm durch Beiträge des Männerchors Schwubs (Schwule Berner Sänger) sowie durch zahlreiche Verpflegungs- und Informationsstände aus der LGBT-Community.

Wann? Samstag, 17. Mai 2014, 14 bis 16 Uhr

Wo? Bern, Münsterplatz

Weitere Informationen: www.idahot.ch

Maria von Känel

SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

GENOSSEN

Renato Werndli
ist Präsident der
SP-Wahlkreispartei
Rheintal



«Zeit für eine andere Welt»

Immer mehr Reiche und Superreiche, während eine zunehmende Zahl von Menschen auch bei voller Erwerbsarbeit nicht einmal genug verdienen, um sich einen minimalsten Lebensstandard leisten zu können. Zunehmender Stress und Druck am Arbeitsplatz infolge eines immer aggressiveren globalen Konkurrenzkampfs zwischen den Unternehmen. Ruinöser Steuerwettbewerb. Dauernder Lohndruck auf die bereits jetzt schon einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Rohstoffverknappung. Klimaerwärmung. Eine Milliarde Hungernde. Fehlende Rücksicht gegenüber Tieren, Umwelt, Natur. Wirtschaftskrisen. Finanzkrisen. Und so weiter und so weiter...

Peter Sutter führt in seinem Buch «Zeit für eine andere Welt» aus, weshalb es sich bei all diesen «Problemen», «Krisen», «Fehlentwicklungen» und «Zukunftsbedrohungen», mit denen wir heute konfrontiert sind, nicht um einzelne, voneinander unabhängige Phänomene handelt, die man mit je unterschiedlichen Rezepten bekämpfen respektive lösen kann, sondern dass eben alles mit allem zusammenhängt und letztlich nichts anderes ist als die Folge eines Wirtschaftssystems genannt Kapitalismus, das schon längst nicht mehr auf die realen Lebensbedürfnisse von Mensch und Natur ausgerich-

tet ist, sondern immer mehr nur noch auf die immer absurdere Ausmasse annehmenden Renditeforderungen des Kapitals. Der Kapitalismus, so legt Sutter überzeugend dar, kann nur schon deshalb längerfristig keine Zukunft haben, weil er mit seinem Dogma eines unbeschränkten Wirtschaftswachstums früher oder später die natürlichen Lebensgrundlagen derart umfassend und unwiederbringlich zerstört haben wird, dass an ein Weiterleben der Menschheit auf diesem Planeten nicht mehr zu denken sein wird. Sutters Ausführungen sind so eindeutig, so klar formuliert und auch für uns Laien so gut verständlich, dass man sich nur wundern kann, dass man nicht selber schon längst darauf gekommen ist.

Folgerichtig sieht der Autor eine Lösung des Problems einzig und allein in einer Überwindung des Kapitalismus bei gleichzeitigem Aufbau einer von Grund auf neuen, nicht mehr an den Bedürfnissen des Kapitals, sondern an den Bedürfnissen von Mensch und Natur in Gegenwart und Zukunft orientierten Wirtschaftsordnung. Dies, so eine der Kernaussagen des Buches, ist aber nur möglich auf einer globalen Ebene, im Austausch und in gegenseitiger Unterstützung all jener weltweit agierenden politischen Kräften, die heute schon in vielfältigsten Formen am Aufbau einer «anderen Welt» arbeiten.

Peter Sutter ist Vorstandsmitglied der SP Buchs SG und war von 1997 bis 2004 Mitglied des Buchser Gemeinderats sowie von 1999 bis 2001 Mitglied des St. Galler Kantonsparlaments.



Zeit für eine andere Welt
Herstellung und Verlag:
Books on Demand GmbH,
Norderstedt (D)
ISBN: 978-3-842-35998-7

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?
Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch

ROTSTICH

Die beste Glosse der Schweiz

Man kann nicht genug Demokratie haben, findet der Blick. Während sich bei kantonalen Wahlgängen – zum Beispiel im Staate Bern – kaum mehr jede und jeder Dritte zur Stimmabgabe bewegen lässt, lässt er es elektoral krachen: Neben dem «knackigsten Bauarbeiter der Schweiz» und dem periodisch wiederkehrenden «Star des Monats» (das sind die Nackigen) lässt das Blatt jetzt auch den «achten Bundesrat» wählen, der das eigens erdachte «Departement fürs Volk» dirigieren soll. Frau darf übrigens auch mitmischen.

Der «dümmste Einbrecher», der «schlimmste Raser», die «mutigste Gemeindepräsidentin» und der «frechste Sozialhilfebezügler der Schweiz» wurden hingegen nicht gewählt, sondern von der Redaktion ernannt. Der Zusatz «der Schweiz» wird hier der Lesbarkeit halber weggekürzt, soll aber Überregionalität sowie journalistischen Weit- und Überblick herausstreichen. Früher war das Blatt übrigens noch die «stärkste Zeitung der Schweiz», heute ist es schlicht «die Zeitung der Schweiz». Ob demokratisch legitimiert oder nicht – das Boulevard-Blatt liebt es, Personen zu labeln. Der «Kult-Sünner» und das «Ski-Schätzchen» lassen grüssen. Und ein Faible für Superlative hat der Blick natürlich seit jeher. Aktuell geht er gerade der Frage nach, welcher FC die beste Wurst verkauft.

Was erwartet uns als nächstes? Der scheueste Zeuge Jehovas, die frivolste Asylsuchende, der trinkfesteste Töffli-Mech, der charmanteste Enkeltrick-Betrüger, das linkste Kindergartenkind, die älteste Nachtclub-Tänzerin, der pfundigste Garagist oder halt dann doch die überflüssigste Medien-Aktion der Schweiz? Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Daraus lässt sich übrigens ein tolles Spiel für nasskalte Samstagnachmittage machen. Wahrscheinlich sogar das tollste Spiel der Schweiz. *Stefan Krattiger*



EIN TAG IM LEBEN VON
ANITA BALZ, 34,
ZENTRALEKRETÄRIN DER
SP FRAUEN SCHWEIZ

«In meinem Leben gibt es keinen normalen Tagesablauf. Das kommt davon, dass ich zwei kleine Kinder habe. Die Kleinere, Léonie, ist acht Monate alt. Sie bestimmt, wann ich aufstehe. Das kann um 5 Uhr sein oder um 7 Uhr. Der Ältere, Corentin, ist dreieinhalb. Er schläft bis 8 Uhr. Mein Partner arbeitet unregelmässig, manchmal nachts oder sehr früh am Morgen. Wir haben keine Routine, und das finde ich schön. An Tagen, an denen wir alle zuhause sind, stehen wir aber mit den Kindern auf. Auch der weitere Tagesablauf hängt stark vom Rhythmus der Kinder ab. Am Mittag essen wir zusammen, manchmal gehen wir nach draussen picknicken, je nach Wetter. Wir wohnen auf dem Land, in einem kleinen Dorf in der Broye mit zweihundert Einwohnerinnen und Einwohnern. Nach dem Mittag, wenn die Kinder schlafen, habe ich etwas Zeit für mich, während der ich arbeite oder lese. Danach unternehmen wir meist etwas. Im Moment haben die Kinder Priorität, alles andere muss hinten anstehen. Trotzdem: Einmal pro Woche versuche ich joggen zu gehen und auch mit Yoga habe ich wieder begonnen. Gerne hätte ich mehr Zeit zum Basteln und Nähen. Die Nähmaschine wäre vorhanden, ist aber mehr mit Staub belegt als mit irgendetwas anderem. Ein weiteres Hobby – wenn man das Hobby nennen kann – ist: Ich gehe gerne essen und trinke gerne guten Wein.

An Tagen, an denen ich arbeiten gehe, bringe ich die Kinder morgens in die Krippe. Wir gehen um 7 Uhr aus dem Haus – theoretisch. Tatsächlich wird es meist 8 Uhr. Bis Ende April habe ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen des Kantons Freiburg gearbeitet, wo ich für das Thema Gewalt in der Paarbeziehung

zuständig war. Seit Mai bin ich Zentralsekretärin der SP Frauen Schweiz. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann beschäftige ich mich seit rund zehn Jahren. Ich habe in Freiburg Soziologie studiert, war aber nie eine grosse Studentin und habe schnell einmal begonnen zu arbeiten. Während eines Praktikums im «Frauenraum» in Freiburg, wo unter anderem Sprachkurse für Migrantinnen, Berufsberatung oder Rechtsberatung für Frauen angeboten werden, merkte ich, dass für Frauen vieles nicht selbstverständlich ist und ich in einer privilegierten Situation aufgewachsen bin. Später war ich für den «Tochertag» – heute heisst er «Zukunftstag» – in der Romandie verantwortlich und habe mich in Genf in Gender Studies weitergebildet. Das Thema ist für mich alltäglich geworden. Ich lebe feministisch – das zeigt sich in der Literatur, die ich lese, oder ganz allgemein darin, wie ich funktioniere.

Am Abend verbringen wir jeweils einen Moment mit der ganzen Familie. Wenn alle da sind, essen wir zusammen, oder wir machen «cinéma» und essen vor dem Fernseher. Zum letzten Schoppen dürfen die Kinder Trickfilme schauen, dann gehts ins Bett, wo sie vor dem Einschlafen je eine Geschichte erzählt bekommen. Wenn alles gut geht, ist um 20 Uhr Ruhe – allerdings geht nicht immer alles gut ... Die Zeit danach nutze ich, um zu arbeiten und Dinge zu erledigen, manchmal schauen wir uns einen Film an. Im Sommer verbringen wir die Abende oft draussen. So um 22 Uhr gehe ich ins Bett und lese noch ein wenig. Spätestens um 23 Uhr muss ich schlafen, denn man weiss nie, wie die Nacht wird. Und wenn ich zu wenig geschlafen habe, ist alles ganz schlimm in meinem Leben.»

Aufgezeichnet von Andrea Bauer

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiter mit Bildung

Wie funktioniert die Altersvorsorge? D2.3.1401

22.5.; Trigon Bildungszentrum, Zürich
Funktionsweise, Leistungen, Finanzierung, Zusammenspiel, Zukunftsperspektiven, gewerkschaftliche Positionen in der Altersvorsorge. Referentin: Christine Goll (Movendo)

Sachgerecht und erfolgreich verhandeln D1.7.1412

27.–28.5.; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Verhandlungsvorbereitung und -beeinflussung, Interessen und Positionen durchsetzen, Berichte aus GAV-Verhandlungen von erfahrenen GewerkschafterInnen. Referenten: Roland Christen (Organisationsentwickler), Jérôme Hayoz (SEV), Beat Keller (Unia)

Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen D1.7.1402

2.–4.6.; Seminarhotel Sempachersee, Nottwil
Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung, Rollenverständnis. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 38355 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.4.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 9.6.

Seminar für Mitglieder von Stif- tungsräten und Vorsorgekommissi- onen öffentlicher Pensionskassen

D1.8.1429
11.–12.6.; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH
Änderungen der gesetzlichen Grundlagen von öffentlichen Pensionskassen, Leistungsniveau unter geänderten Rahmenbedingungen, Parität, Teil-/Vollkapitalisierung, Ausfinanzierung. Referenten: Aroldo Cambi (Sev), Stefan Giger (vpod), Jorge Serra (vpod), Alfred Wyler (syndicom), Christine Goll (Movendo)

Für einen starken Service public

D1.8.1407
16.6.; Trigon Bildungszentrum, Zürich
Steuerpolitik und Sparprogramme von Bund, Kantonen und Gemeinden, Auswirkungen auf öffentliche Dienste und Infrastrukturen, gewerkschaftliche Positionen und Aktionen. Referentinnen: Dore Heim (SGB), Annette Hug (vpod)

Selbstsicheres Auftreten D2.4.1414

23.–24.6.; Hotel Cascada, Luzern
Sicherheit gewinnen, rhetorische Stilmittel, Videotraining. Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)
Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2014

27. Juni

Koordinationskonferenz
Winterthur

28. Juni

Parteitag
Winterthur

24. Oktober

Koordinationskonferenz
Liestal

25. Oktober

Delegiertenversammlung
Liestal

www.spschweiz.ch

Der Kampf um die Schweiz



David Schäfer ist Vizepräsident der Gesellschaft offene & moderne Schweiz (www.GomS2014.ch), die sich, ansonsten politisch neutral, für eine offene und moderne Schweiz engagiert.

Das Ja des Stimmvolks zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ist das Resultat der Bemühungen der SVP, sich als Verteidigerin «der» Schweiz zu positionieren. Und des Unvermögens aller anderen politischen Kräfte, der SVP diese Rolle streitig zu machen.

Die Schweiz kann betrachtet werden als historisch gewachsene Volksgemeinschaft, die es zu bewahren gilt, oder als sich stetig entwickelnder Staat, der das Zusammenleben regelt. Die Schweiz ist das Resultat eines stetigen Ausgleichens zwischen diesen Positionen im Diskurs.

Die SVP hat sich erfolgreich zur alleinigen Vertreterin der Position der «historisch gewachsenen Volksgemeinschaft» und alle anderen politischen Kräfte zu unschweizerischen «Linkssinnigen» erklärt. Sie zelebriert das Bild einer Schweiz, die es durch die SVP gegen negative Einflüsse zu verteidigen gelte, gegen alles Fremde und gegen die Vertreterinnen und Vertreter des Rechtsstaats – die gemässigten Parteien.

Die Nationalkonservativen haben damit in der Vergangenheit Erfolge gefeiert, die für wirtschaftlich schlechtere Zeiten Schlimmes befürchten lassen. Die Sehnsucht nach einer kollektiven Identität, nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe und Nation, nach Heimat wächst. Die Globalisierung sorgt für wirtschaftlichen und kulturellen Anpassungsdruck. Die SVP untergräbt erfolgreich das pluralistische und rechtsstaatliche Selbstverständnis unseres Staates. Die Schweiz der SVP ist nicht mehr die Schweiz des Diskurses, wie wir sie kennen. Diese Schweiz wird mehrheitsfähig. Das sind Realitäten, die schmerzen – und nach Reaktionen verlangen.

Mit intellektuellem Internationalismus wird in nächster Zeit kein Staat zu machen sein. Die Linke hat Opfer zu bringen: Nationalismus und Patriotismus sind auf die Instrumentalisierbarkeit für linke Anliegen abzufragen. Der Zweck heiligt die Mittel. So sind etwa die von der SVP angerufenen Mythen und Symbole der Schweiz nicht intellektuell zu dekonstruieren, sondern zu verwenden. Das macht sie für die Nationalkonservativen weniger brauchbar, beraubt sie eines wichtigen Kommunikationsmittels.

Die Mitte und die gemässigte Rechte muss sich entscheiden: im Dienste der Wirtschaftsliberalität mit der SVP gehen und die Schweiz zerstören oder zusammen mit der Linken eine offene und moderne Schweiz gestalten.

Starkes Land. Faire Löhne.

JA

**zum Lohnschutz
zum Mindestlohn**

am 18. Mai 2014

